

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

„Eine Welt“ statt exklusive Acht – Reformen für eine gerechte Globalisierung

I.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit ihrer Gründung für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Klimawandel, ungleiche Handelsbeziehungen, Armut und endliche Ressourcen machen diese Aufgabe dringlicher denn je. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands (G8) unter deutscher Präsidentschaft vom 6.-8. Juni 2007 in Heiligendamm wollen wir GRÜNE für eine intensive Debatte über künftige Formen globaler Politikgestaltung nutzen.

Die G8 ist zu klein für die „Eine Welt“

Die G8 haben ein doppeltes Defizit. Ihnen fehlt es an ausreichender Legitimität und an der Möglichkeit zur Lösung der globalen Herausforderungen: Die G8 spiegeln die Machtverhältnisse von gestern wider und repräsentieren gerade mal ein Fünftel der Weltbevölkerung. Neue Akteure, besonders die aufstrebenden Mächte des Südens, China, Indien, Brasilien und Südafrika, verändern durch ihre wachsende ökonomische Bedeutung die internationale Ordnung. Als exklusiver Klub der Regierungschefs, ohne wirksame parlamentarische Kontrolle und ohne zivilgesellschaftliche Akzeptanz, treffen die G8 Entscheidungen, die in ihren Wirkungen weit über diese acht Staaten hinausgehen.

Zudem können die G8-Staaten die anstehenden globalen Probleme nicht im Alleingang lösen. Der Schutz des Klimas, der Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems oder die Stabilisierung des internationalen Finanzsystems kann ohne China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika u.a. nicht gelingen. Von den Entscheidungsprozessen der G8 sind diese aber nach wie vor ausgeschlossen.

Dennoch existiert leider derzeit keine durchsetzungsstarke Alternative zu den G8. Ohne einschneidende Reformen fehlen den Vereinten Nationen die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten. Es gilt eine Architektur mit den Vereinten Nationen im Zentrum zu schaffen, die gleichberechtigt ökologische, soziale, menschenrechtliche und wirtschaftliche Anliegen berücksichtigt. Es braucht dazu eine doppelte Öffnung hin zur Zivilgesellschaft und hin zu den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Debatte um eine Transformation der G8 und die Reform der Vereinten Natio-

nen müssen auf eine solche neue Architektur zielen. Wir brauchen neue Politikan-sätze, um die Vereinten Nationen gegenüber der G8 aufzuwerten. Dafür gibt es mehrere Vorschläge: Der ehemalige kanadische Premierminister Paul Martin will die G8 durch Hinzuziehen der wichtigsten Schwellenländer auf eine G20 erwei-tern. Ein weiterer Vorschlag kommt vom hochrangigen Panel für systemweite Kohärenz in den Vereinten Nationen empfiehlt in seinem gerade vorgelegten Ab-schlussbericht ein Global Leaders Forum (L27) im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) zu schaffen. Als Governance-Forum von Staats- und Regie-rungschefs, das sich nach einem regionalen Verteilungsschlüssel der Vereinten Na-tionen im Rotationsverfahren aus 27 der 54 ECOSOC-Mitglieder zusammensetzt, soll es eine Koordinierungs- und Führungsrolle in Fragen der Wirtschaft, der Ent-wicklung und bei globalen öffentlichen Gütern übernehmen. Wir halten diesen Vorschlag für zielführender weil er das UN-System stärkt, und auch Entwicklungs-länder in die Global Governance Strukturen einbezieht.

Wir wollen Global Governance Strukturen, die nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft umfassend beteiligen.

II.

Forderungen an die deutsche G8-Präsidentschaft

Von der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 erwarten wir Impulse zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. Die Bundesregierung hat Mitte Oktober ihre Aktivitäten für den G8-Gipfel beschlossen. Einen konkreten Arbeitsplan, mit messbaren Zielen und Vorschlägen bleibt die Bundesregierung schuldig. So bekennt sie sich zwar zu mehr Finanzmarktstabilität, zu einer verbes-serten Investitionsordnung, zu Klimaschutz und zur Partnerschaft mit Afrika. Kon-krete Wege und Instrumente dahin bleiben völlig unklar. Fragen globaler Sicher-heit, wie atomare Abrüstung, sind komplett ausgeblendet. Unbeschadet unserer Forderungen an die G8-Staaten bleibt die Notwendigkeit einer Reform der inter-nationalen Ordnung

II.1 Klimaschutz darf kein Lippenbekenntnis bleiben - Energiewende vorantreiben

In der G8 sitzen die größten Klimasünder zusammen. Wir begrüßen daher, dass Klimaschutz und Steigerung der Energieeffizienz auf der Tagesordnung stehen. Alle G8-Staaten, auch die USA, müssen zu verbindlichen CO₂-Minderungen ver-pflichten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren. Die G8 sollten in Heiligendamm ein Zeichen für Kyoto-Prozess setzen und eigene Reduktionsziele für die Zeit nach 2012 benennen.

Deutschland sollte in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle einnehmen und eine Reduktionsverpflichtung von 40 Prozent bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 und alles dafür tun, die EU auf ein verbindliches CO₂-Minderungsziel von mindestens 30 Prozent für die Zeit von 2012 bis 2020 festzulegen. Auch sollten die G8-Staa-ten ihren Einfluss nutzen und beispielsweise die Weltbank zur Förderung von erneuerbaren statt fossilen Energien drängen. Den Bestrebungen von Teilen der

G8, Atomenergie als alternative Energie oder saubere Technologie ins Spiel zu bringen, muss die Bundesregierung entschieden entgegenreten.

Eine nachhaltige Energiepolitik ist nicht nur ein dringendes ökologisches Anliegen, sie ist auch entscheidend für die Armutsbekämpfung. Die Herausforderung an ökologische Gerechtigkeit besteht darin, den steigenden Verbrauch von Energie möglichst klimaverträglich mit größerer Effizienz, geringerer Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und einem besseren Zugang der ärmsten Menschen zu Energie zu verbinden. Das kann nur nachhaltig durch einen Ausbau der erneuerbaren Energien und durch zunehmende Energieeffizienz erreicht werden. Die erfolgreiche Konferenz zu erneuerbaren Energien 2004 in Bonn braucht eine Fortsetzung, genauso wie die Gründung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien vorangetrieben werden muss.

Heute entfallen ungefähr 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf die Industrieländer: Es ist aber zu erwarten, dass sich mehr als zwei Drittel des zukünftigen Wachstums außerhalb dieser Länder vollziehen wird. Eine Aufgabe der deutschen G8-Präsidentschaft besteht darin, in den Dialog mit China, Indien, Brasilien, Südafrika, über nachhaltige Klima- und Energiepolitik einzutreten. Die Staaten der G8 müssen in einem Kyoto-Folgeabkommen gemeinsam mit den Schwellenländer zu einer substantiellen Reduktion der CO₂-Emissionen gelangen.

II.2 Biologische Vielfalt schützen – Zugang zu Wissen gewähren

Auf dem Weltgipfel von Johannesburg hat sich die Weltgemeinschaft zum Ziel gesetzt, den Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahre 2010 entscheidend zu reduzieren. Trotzdem beschleunigt sich der Verlust an Arten in alarmierender Weise. Pro Tag sterben etwa 100 Arten von Lebewesen aus. Deutschland wird 2008 die Vertragsstaaten-Konferenz der Konvention für Biologische Vielfalt ausrichten. Im Vorfeld muss international der Aufbau eines globalen Schutzgebietesnetzes vorangebracht werden.

Besonders sensibel ist der Schutz der Urwälder. Sie gehören zu den artenreichsten und vielfältigsten Lebensräumen der Erde. Obwohl ihre Bedeutung bekannt ist, setzt sich der Waldverlust nahezu ungebremst fort. Es muss verhindert werden, dass durch Abholzung die Fortschritte im Rahmen des Kyoto-Protokolls zum großen Teil wieder zunichte gemacht werden. Entscheidend für die Urwaldzerstörung ist der illegale Holzeinschlag, aus dem gut die Hälfte des Holzes weltweit stammt. Die G8 Staaten als wichtige Abnehmer müssen sich darauf verständigen, ein Verbot für den Handel mit Holz und Holzprodukten zu beschließen, die aus illegalem Einschlag kommen.

Die Konventionen über biologische Vielfalt darf nicht durch das TRIPS - Übereinkommen ausgehöhlt werden. Eine weitere Ausweitung geistiger Eigentumsrechte die jegliche Ausnahmen von der Patentierbarkeit, z.B. für Tiere und Pflanzen, ist für uns nicht akzeptabel. Grundsätzlich besteht ein gesellschaftliches Interesse an der Patentierbarkeit von Erfindungen, damit diese nicht der alleinigen Verfügbarkeit der Wirtschaft überlassen werden. Patentschutz darf aber nicht dazu führen, dass der freie Austausch von Saatgut, der für die Kleinbauern die Existenzgrundla-

ge darstellt, unterbunden wird, dass die Rechte der VerbraucherInnen immer weiter eingeschränkt und dass der Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter verschärft wird. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass keine einseitigen ökonomischen Interessen der Global Player die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit, besonders der Kleinlandwirte, an einem freien Zugang zu existenziell notwendigen Saatgütern unterminiert.

II.3 Soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung

In zahlreichen Erklärungen haben die G8-Staaten die Bedeutung einer besseren Integration von Entwicklungsländern in den Welthandel betont. Gleichzeitig haben sie den Marktzugang für afrikanische Produkte kaum verbessert. Nirgends tritt die Doppelmoral der Regierungen von Industrieländern so deutlich zu Tage wie in der Landwirtschaft. Die G8 haben nichts daran geändert, dass mit hoch subventionierten westlichen Agrarprodukten ein Dumping betrieben wird, das die Existenzgrundlage von Bauern und ihren Familien in Entwicklungsländern zerstört.

Die Agenda der deutschen Präsidentschaft im Bereich des Welthandels ist einseitig. Blind für die Interessen der Entwicklungsländer hält sie an den Positionen fest, die bereits im Sommer 2006 zu Recht bei der Welthandelsrunde gescheitert sind. Solange es kein verbessertes Angebot zur Liberalisierung des Agrarhandels seitens der Industrieländer und keine Abstriche bei den überzogenen Forderungen nach überproportionaler Liberalisierung bei Industriegütern gibt, kann es keinen Fortschritt in der Welthandelsrunde geben. Die G8 ist aufgefordert ihre Agenda entwicklungscompatibel gestalten.

Die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel ist ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung. Besonders wichtig sind Standards im Rohstoffsektor. Die G8-Staaten sind als Hauptabnehmer von Rohstoffen an einer verlässlichen Versorgung interessiert. Sie haben auch eine Verantwortung dafür, dass ihre Rohstoffnachfrage nicht zu einer Verschärfung von Konflikten oder zu Umweltzerstörung führt. Mit China, aber auch Indien, treten in Afrika, Zentralasien und Lateinamerika neue Akteure als Abnehmer von Rohstoffen auf. Dies führt zu neuen Interessenskonstellationen- und Konflikten, denen ohne verbindliche Standards Menschenrechte oder Umweltschutz schnell zum Opfer fallen können.

Gute Regierungsführung und Transparenz sind Voraussetzung dafür, dass die Einnahmen aus der Rohstoffförderung tatsächlich den Menschen in den Entwicklungsländern nützen. Die Bundesregierung setzt deshalb in ihrer G8-Agenda darauf, die Transparenz von Rohstoffeinnahmen zu erhöhen. Den entscheidenden nächsten Schritt, die Einführung verbindlicher Standards, thematisiert sie jedoch nicht. Wir fordern die G8 auf Initiativen zu ergreifen, um bei Rohstoffen verbindliche soziale und ökologische Standards zu erreichen. Der skeptischen Haltung vieler Entwicklungsländer zu Standards sollten die G8 dadurch begegnen, dass diese gemeinsam mit den Entwicklungsländern entwickelt werden. Deutschland kann in Hinblick auf verbindliche Standards eine Vorreiterrolle übernehmen und diese in der Außenwirtschaftsförderung, bei Hermesbürgschaften und Investitionsgaranti-

en, zu festen Bestandteilen machen.

Wir brauchen verbindliche soziale und ökologische Standards, um einen sinnvollen Ausgleich von etwaigen Zielkonflikten zwischen der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen, der Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energien sowie dem Schutz des globalen Klimas herbeizuführen. So wächst beispielsweise der Markt für Biotreibstoffe. Das ist eine gute Entwicklung, weil die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen reduziert wird. Zugleich darf aber der sich ausweitende Anbau von Pflanzen für Biotreibstoffe nicht zur Abholzung von Regenwäldern, zur Vertreibung von indigener Bevölkerung oder zur Gefährdung der Ernährungssicherheit führen. Der erwünschte Ersatz von Öl und Gas darf nicht zu neuen ökologischen und sozialen Konflikten führen. Standards für ökologische und soziale Nachhaltigkeit von Bioenergie müssen deshalb dringen festgelegt werden.

II.4 Hedge Fonds regulieren – Finanzmärkte stabilisieren

Die Risiken an den Finanzmärkten haben zugenommen: Wachsende Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen großer Staaten und die daraus entstehenden Währungsrisiken, Knappheiten und starke Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten, die Gefahren des internationalen Terrors und Pandemierisiken, der explodierende Markt der Kreditderivate und vor allem die wachsende Bedeutung von Hedge und Private Equity Fonds stellen wesentliche Risikofaktoren für die Stabilität des internationalen Finanzsystems dar.

Die Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen von Schwellenländern und das enorme Leistungsbilanzdefizit der USA können durch Währungsumschichtungen, zum Beispiel vom Dollar zum Euro, zu starken Schwankungen auf den Devisenmärkten und heftigen Reaktionen in ganzen Wirtschaftsräumen führen. Die Bundesregierung muss ihre G8-Präsidentschaft nutzen, um die internationale Zusammenarbeit in Währungsfragen zu vertiefen. Europa sollte bei der Koordinierung der Währungspolitik mit einer Stimme sprechen. Entwicklungsländer müssen politisch unterstützt werden, kurzfristige Kapitalzuflüsse und -abflüsse zu begrenzen, die die Stabilität des einheimischen Finanzsystems bedrohen. Eine auf der Tobin-Steuer-Idee aufbauende Steuer auf Devisentransaktionen könnte darüber hinaus einen Beitrag zur Stabilisierung der globalen Finanzmärkte leisten.

Durch den enormen Mittelzufluss, den Hedge Fonds und die Private Equity Branche in der letzten Zeit hatten, sind sie zu einer bedeutenden und schwierig kalkulierbaren Größe an den Finanzmärkten geworden. Dabei agieren sie in immer stärkerem Maße kreditfinanziert und potenzieren so das Risiko einer weltweiten Finanz- und damit Weltwirtschaftskrise. Viele Expertinnen und Experten rechnen damit, dass die nächste Finanzkrise von einem Hedge Fond ausgelöst wird. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich bei der G8-Tagung für eine verbesserte internationale Zusammenarbeit in Finanzmarktfragen einzusetzen. Die über nationalstaatliche Grenzen hinweg operierenden und bislang nicht regulierten Kapitalsammelstellen wie Hedge und Private Equity Fonds müssen international kontrolliert werden. Es muss eine transnationale Aufsichtsstruktur entstehen, deren Akteure mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet sind, um auf Fehlentwick-

lungen adäquat reagieren zu können. Die Bundesregierung muss in diesem Zusammenhang auch auf verschärfte Transparenzvorschriften setzen, denn Hedge Fonds kaufen in letzter Zeit besonders risikoreiche Kreditderivate auf. Niemand weiß, wie aufgrund des drastischen Anstiegs des Handelsvolumens von Kreditderivaten derzeit die Kreditrisiken tatsächlich verteilt sind. Die Fonds-Branche sollte aber nicht nur indirekt über Banken und Ratingagenturen, sondern auch direkt beaufsichtigt werden. Hier kann Europa vorangehen. Es gilt, diese Fonds analog z.B. zu Aktienfonds europaweit klaren Regeln zu unterwerfen, ohne die EU-Richtlinie OGAW zu Investmentfonds auf der anderen Seite zu verwässern.

Die Globalisierung hat dazu beigetragen, dass transnationale Unternehmen ihre Verantwortung zur Finanzierung des Gemeinwesens leichter umgehen können. Manche Steuergestaltungen sind legal. Steuerflucht bedeutet häufig praktizierte Steuerhinterziehung und ist illegal. Das Problem mangelhafter Bekämpfung der Steuerflucht ist vor allem die fehlende internationale Kooperation. Wir fordern die G8 auf, zum einen selber stärker aktiv gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht zu werden. Zum anderen muss seitens der G8 aber auch der Druck auf Steueroasen erhöht werden. Hier ist bisher viel zu wenig geschehen, auch weil die Nutznießer des internationalen Steuerbetrugs in den Ländern der G8 selbst zu finden sind und dort versuchen, eine solche Politik zu blockieren.

Auch in anderen Bereichen entziehen sich viele transnationale Unternehmen ihrer Verantwortung. Die Staaten der G8 müssen sich für die Einhaltung der Kernarbeitsnorm der internationalen Arbeitsorganisation einsetzen.

II.5 Die Millennium-Entwicklungsziele umsetzen – Entwicklungsfinanzierung sicherstellen

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im September 2000 auf acht Millennium-Entwicklungsziele verständigt. Dazu gehören u.a. die Bekämpfung von Armut und Hunger, Zugang zu Bildung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung von HIV/Aids. Die G8 haben zwar diese Ziele in der Vergangenheit unterstützt, geschehen ist aber zu wenig. Die Bundesregierung setzt in ihrem Präsidentschaftsprogramm einseitig auf Verbesserung der Regierungsführung und auf private ausländische Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern. Sie weicht der Finanzierungsfrage aus und riskiert damit den Erfolg der Millenniumsinitiative. Mehr Geld für Entwicklung und notwendige innerstaatliche Reformen in den Entwicklungsländern selbst stehen in keinem Konkurrenzverhältnis. Das eine muss getan werden, ohne das andere zu lassen.

Die Verantwortung der G8, die Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, bleibt bestehen. Zudem muss sichergestellt werden, dass Entwicklungszusammenarbeit geschlechtergerecht gestalten und finanziert werden. Wir fordern daher die Bundesregierung und Staaten der G8 auf, konsequent Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele ausreichend finanziell abzusichern. Über Devisenumsatzsteuer, Flugticketabgabe oder Kerosinsteuer können zusätzliche Mittel für eine Umsetzung der Millenniumsziele mobilisiert werden. Mit den Mitteln könnten

Programme zur Armutsbekämpfung und des Umwelt- und Ressourcenschutzes in den Länder des Südens finanziert werden. Frankreich und Belgien haben eine Flugticketabgabe zur Entwicklungsfinanzierung eingeführt. Es ist ein Trauerspiel, dass Deutschland abseits steht und sich dieser Initiative weder anschließt noch eigene Vorschläge unterbreitet.

II.6 Aids bekämpfen

Jährlich sterben in Entwicklungsländern Millionen Menschen an den Folgen infektiöser Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids. Drei Viertel der HIV-Neuinfektionen unter jungen Menschen betreffen in Afrika Frauen. Auf die Feminisierung der HIV/Aids-Epidemie muss mit einer gendergerechten Bekämpfung reagiert werden. Die Forschung zu frauenkontrollierten Methoden der Aids-Prävention, wie Mikrobiziden, also Substanzen, die beim Geschlechtsverkehr das Risiko einer Übertragung verringern, braucht verstärkte Unterstützung.

Der Finanzierungsbedarf für die HIV/Aids-Bekämpfung ist gewaltig: Für 2007 besteht nach Angaben von UNAIDS immer noch eine Finanzierungslücke von 10 Milliarden US-Dollar. Die G8-Staaten müssen ihre finanziellen Versprechen erst einlösen und dann verstärken. Deutschland muss die G8 Präsidentschaft nutzen, um deutlich mehr Geld für die bi- und multilaterale Aids-Bekämpfung zur Verfügung zu stellen und besonders seine Zurückhaltung gegenüber dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) zu überwinden.

Die G8-Staaten haben 2005 Vereinbarungen getroffen, um einen universellen Zugang zur Aidsbehandlung zu ermöglichen. Geschehen ist bisher noch kaum etwas. Als Gastland hat Deutschland eine besondere Verantwortung, die G8 Staaten zu Fortschritten in diesem Bereich zu bewegen. Die Produktion und der Handel mit Generika für die Bedürfnisse in den Entwicklungsländern muss möglich sein. Die bürokratischen Hürden für den Import von Generika führen dazu, dass gerade die ärmsten Länder an einer Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten gehindert werden. Bisher schenkt die Pharmaindustrie der Forschung an Medikamenten gegen HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und anderen Krankheiten nicht genügend Aufmerksamkeit. Ein Grund dafür sind mangelnde Verdienstmöglichkeiten in Folge der geringen Finanzkraft in Entwicklungsländern. Die G8-Staaten müssen daher ein Pilotprojekt vorantreiben, das staatliche Abnahme für privatwirtschaftlich entwickelte Impfstoffe garantiert. Die personelle Ausstattung des Gesundheitssystems in Entwicklungsländer ist katastrophal. Die Praxis einiger G8-Staaten, wie Großbritannien medizinisches Gesundheitspersonal abzuwerben verstärkt den Mangel an Fachkräften und muss beendet werden.

II.7 Chancen für Afrika

Es ist an der Zeit, dass in der Öffentlichkeit und in der Politik der afrikanische Kontinent nicht mehr vorwiegend als Sozialfall wahrgenommen wird. Wir sollten mit den Staaten Afrikas auf gleicher Augenhöhe politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegen. In fast allen afrikanischen Ländern gibt es starke politische und zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich für Demokratie, gute

Regierungsführung, ökologische und soziale Standards einsetzen. Mit den afrikanischen Partnern und den rasch an Gewicht gewinnenden Schwellenländern Indien, China und Brasilien einen gleichberechtigten Dialog über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Kontinents auf den Weg zu bringen, ist die zentrale Herausforderung der deutschen und der EU-Afrikapolitik. In einem solchen Dialog müssen die zentralen Fragen der Förderung nachhaltiger Investitionen, der Transparenz der Einnahmen aus Ressourcen und der Verankerung ökologischer und sozialer Standards angesprochen werden.

Wir begrüßen die Entscheidung, den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas auf dem kommenden G8 weiterzuführen. Die G8 haben seit 1999 durch die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und durch die Verpflichtung zu höherer Entwicklungshilfe positive Impulse gegeben. Wir fordern die Bundesregierung auf, die afrikanischen Reformmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zum Kampf gegen Korruption und zur Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Dazu gehört auch die Respektierung der Menschenrechte sowie Maßnahmen zur gewaltlosen Konfliktprävention und zu Konfliktlösungen, insbesondere durch die Unterstützung für Aufbau und Stärkung einer afrikanischen Sicherheits- und Friedensarchitektur.

Dies sollte durch Vereinbarungen zwischen G8 Staaten und Vertretern der Staaten Afrikas in den Bereichen Welthandel, Bekämpfung von Aids und Entwicklungsfinanzierung unterstützt werden. Die G8-Staaten sind gefordert, ihre Zusagen zur qualitativen und quantitativen Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten. Durch Agrarsubvention oder Einfuhrzölle dürfen die verstärkten Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht konterkariert werden.

Wir würdigen die Reformanstrengungen der afrikanischen Staaten im Rahmen von NEPAD und fordern sie auf, ihren Reformwillen weiterhin deutlich sichtbar zu machen. NEPAD sollte zudem die parlamentarische und zivilgesellschaftliche Partizipation erweitern und vertiefen.

II.8 Abrüstung voranbringen

Die G8-Staaten sind für die weltweit höchsten Militärausgaben, Rüstungsarsenale sowie Nuklear- und Rüstungsexporte verantwortlich. Das Gros der atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, der Streubomben, Antipersonenminen und Kleinwaffen wird hier hergestellt, gelagert oder von diesen Staaten exportiert. Den G8-Staaten kommt daher für den Abbau der Rüstungspotentiale, die Nichtweiterverbreitung von Waffen jeglicher Art und eine effektive Politik der zivilen Krisenprävention eine entscheidende Rolle zu. Es ist ein schwerer Fehler, dass von Seiten der Bundesregierung keine substanziellen Vorschläge für eine Abrüstungspolitik erfolgen. Die Krise um die atomare Bewaffnung von Nordkorea, das Atomprogramm des Iran und das US-indische Atomgeschäft verdeutlichen, dass wir vor einer entscheidenden weltpolitischen Weichenstellung stehen. Es droht ein neuer Rüstungswettlauf, an dessen Ende eine Vielzahl neuer Atomwaffenstaaten, Nuklearterrorismus und der Kollaps der vertragsgestützten Rüstungskontrolle stehen könnte. Diese Entwicklung lässt sich nur durch eine neue

und ernsthafte Abrüstungs- und Nichtverbreitungsinitiative stoppen.

Um von Nicht-Kernwaffenstaaten glaubhaft den Verzicht auf Atomwaffen verlangen zu können, müssen die Atomwaffenstaaten ihren Verpflichtungen zur irreversiblen nuklearen Abrüstung nachkommen. Hierzu gehören das rasche Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages und der überprüfbare Abbau der taktischen Atomwaffenpotenziale Russlands und der USA, inklusive der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen. Dabei muss die Bundesregierung deutlich machen, dass sie einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen begrüßt und bereit ist, aus der aktiven nuklearen Teilhabe baldmöglichst auszuweichen.

Der US-indische Vorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit in Nuklearfragen ist eine Belohnung für Indiens nukleare Aufrüstung. Es ermutigt andere Staaten, dem indischen Beispiel zu folgen und schadet den Bemühungen den Nichtverbreitungsvertrag durchzusetzen. Deutschland hat ein geeignetes Mittel in der Hand diesen Deal zu stoppen. Es kann in der Nuclear Suppliers Group gegen die Lieferung sein Veto einlegen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Atomdeal zu verhindern.

Die Bundesregierung sollte sich zudem auch im Rahmen der G8 für ein vollständiges Verbot von Streumunition und für ein Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum sowie den Stopp der Lieferungen von Kleinwaffen in Krisengebiete einsetzen.

III.

Einsatz für die „Eine Welt“

Zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierung gehören Armutsbekämpfung, der Erhalt unserer Umwelt, gemeinsame Antworten auf den Klimawandel und ein faires Handelssystem. Gerechte Globalisierung bedeutet auch die Globalisierung von Werten: des Schutzes der Menschenrechte und die Anerkennung anderer Kulturen und Religionen. Wir fordern diese zu einem gewaltfreien Dialog auf der den Schutz der Menschenrechte, die Einzigartigkeit eines jeden Menschen und die Gewaltfreiheit zum Ziel hat. Es geht um Demokratie ebenso wie um die Teilhabe aller Menschen an Bildung und Wohlstand. Unsere Sympathien gehören dabei denjenigen, die sich im Norden und Süden für solche Reformen friedlich einsetzen. Für uns Grüne ist der kommende G8-Gipfel in Deutschland Anlass für die „Eine Welt“ zu streiten und für Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für ein gerechtes Welthandelssystem und für Abrüstung einzusetzen. Wir rufen auf, gemeinsam diese Forderungen an die Staaten der G8 zu stellen und gegen eine falsche Politik und Weichenstellungen der G8 zu protestieren. Bündnis 90/ Die Grünen wollen sich anlässlich des G8-Gipfels gemeinsam mit gesellschaftlichen Partnern und anderen Grünen Parteien deutlich für mehr Mittel für nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und weltweite Armutsbekämpfung einsetzen. Darüber hinaus verlangen wir vom G8-Gipfel konkrete Beschlüsse zur Herstellung

fairer weltweiter Handelsbedingungen. Von der Bundesregierung fordern wir, in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle im Rahmen der G8 und EU zu übernehmen. Unserem Anliegen werden wir in den Parlamenten und außenparlamentarisch Nachdruck verleihen.